

Verbindliche Regelungen für öffentliche Aufträge

DIE LINKE hat erneut Entwurf für ein modernes Thüringer Vergabegesetz eingereicht

Thüringen braucht ein Gesetz für die Vergabe öffentlicher Aufträge. Damit soll festgeschrieben werden, dass nur diejenigen Unternehmen öffentliche Aufträge erhalten, die ihren Arbeitnehmern mindestens einen Stundenlohn von 8,00 Euro zahlen.

Diese Forderung steht seit fünf Jahren auf der Agenda der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Am 7. Oktober hat sie erneut einen Gesetzentwurf eingereicht nachdem in der 4. Legislaturperiode insgesamt drei Entwürfe für ein Thüringer Vergabegesetz eingebracht worden waren. Dazu fanden öffentliche Anhörungen statt sowie Beratungen im Wirtschaftsausschuss. Letztlich wurden alle Gesetzesvorlagen mit CDU-Mehrheit abgelehnt. Die CDU beharrte auf ihrer Position, die Thüringer Vergabe- Mittelstandsrichtlinie biete ausreichende Regelungen.

DIE LINKE steht konsequent dafür, dass kleine und mittelständische Unternehmen Rechtssicherheit brauchen, wenn es um die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Freistaat geht. Das kann eine Richtlinie nicht gewährleisten. Sie muss durch ein modernes Thüringer Vergabegesetz ersetzt werden. Der Gesetzentwurf der LINKEN enthält verbindliche Regelungen in den Bereichen Tariftreue, Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau, umweltverträgliche Beschaffung sowie Kontrollmechanismen und Sanktionen. Kernstück des Gesetzentwurfs sind die Forderung

nach einer EU-rechtskonformen Tariftreuregelung sowie die Maßgabe, dass Unternehmen, die Aufträge des Landes erhalten, verpflichtet werden, den Arbeitnehmern mindestens 8,00 Euro Stundenlohn zu zahlen.

Im Jahr 2008 hatte der Europäische Gerichtshof das so genannte Ruffert-Urteil ausgesprochen und damit die deutschlandweit bestehenden Vergabegesetze gekippt, welche die Einhaltung ortsüblicher Tarife verankert hatten. Das im April verabschiedete Bundesgesetz zur Modernisierung des Vergaberechts beinhaltet eine Umsetzung der Kann-Regelungen zu sozialen und umweltbezogenen Kriterien aus dem EU-Recht.

Die Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen erlaubt, dass für die Auftragsausführung zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden können, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen, wenn sie im sächlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen und sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben. Andere oder weitergehende Anforderungen dürfen an Auftragnehmer nur gestellt werden, wenn dies durch Bundes- oder Landesgesetz vorgesehen ist. Demgemäß enthält der Gesetzentwurf der LINKEN konkrete Regeln, nach denen Aufträge nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich mindestens an die Vorgaben desjenigen

Tarifvertrages halten, an den sie aufgrund des Arbeitnehmer- Entsendegesetzes gebunden sind.

Mit der Vorlage des Gesetzentwurfs zur Vergabe öffentlicher Aufträge in Thüringen setzt DIE LINKE einen der ersten Punkte ihres Regierungsprogramms um und greift eine Forderung des Thüringer Mindestlohnbündnisses auf. In seiner im Juni an den Landtag übergebenen Petition wird auf die Verabschiedung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes gedrungen, um Lohnarmut und Lohndumping in Thüringen entgegenzuwirken sowie umwelt- und sozialpolitische Belange bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Thüringen zu berücksichtigen.

Spannend ist die Frage, wie sich die SPD-Fraktion zu diesem Gesetzentwurf im Plenum positionieren wird. Noch im Juli hatte Christoph Matschie in einer Pressemitteilung angekündigt: „Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, der in ganz Deutschland gilt. Wo wir aber schneller handeln können, tun wir das. Deshalb will die SPD-Fraktion als erste Initiative in der neuen Legislaturperiode ein Thüringer Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge auf den Weg bringen. Damit soll für öffentliche Aufträge ein eigener Mindestlohn als untere Schutzgrenze gelten. Wir beginnen bei öffentlichen Aufträgen und wollen Vorbild für alle Wirtschaftsbereiche sein, auf Existenz sichernde Löhne zu achten“

Dolores Hof

AKTUELL

Bund senkt Anteil für Unterkunftskosten

Auf seiner letzten Sitzung am 7. Oktober hat das Bundeskabinett beschlossen, den Bundesanteil an den Wohnkosten für Harz-IV-Empfänger von rund 26 Prozent auf durchschnittlich 23,6 Prozent zu senken. „Dies birgt immensen Sprengstoff für die kommunalen Haushalte“, sagte Heidrun Sedlacik, Expertin für Wohnungspolitik der Landtagsfraktion DIE LINKE. Damit werden die Kommunen erneut zum „Lückenbüßer für den bröckelnden Sozialstaat und eine verfehlte Sozialpolitik zu Lasten der Betroffenen“.

Dabei ist die Lage schon jetzt so, dass die kreisfreien Städte und Landkreise, statt wie versprochen um 2,5 Milliarden Euro entlastet zu werden, inzwischen nahezu 25 Prozent ihrer

Verwaltungsausgaben für diesen Bereich aufbringen müssen und ein Ende der explodierenden Sozialausgaben ist aufgrund der Krise nicht absehbar.

Die Abgeordnete verwies auf die sehr differenzierten Regelungen der Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte zur Erstattung der Wohnkosten. „Gleiche Sachverhalte werden dadurch ungleich behandelt. So ist es für die Betroffenen unverständlich, warum in Suhl für eine Wohnung von 85 Quadratmetern 283,50 Euro erstattet werden während es in Meiningen 390,00 Euro sind“, nannte Heidrun Sedlacik ein immer wieder an sie herangetragenes Beispiel.

Auch die Thüringer Wohnungswirtschaft klagt, dass Mietentscheidungen nicht nachvollziehbar sind. Sie fordert

angesichts wachsender sozialer Spannungen klare Regelungen. Mehr Transparenz und Einheitlichkeit in der Rechtsanwendung, wie sie DIE LINKE schon lange verlangt, sind dringend notwendig – „und natürlich müssen die angemessenen Wohnkosten in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen ersetzt werden. Der Streit um die Finanzierung darf nicht auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen werden.“

„Damit wird der Sozialstaat auf den Kopf gestellt“, betonte die LINKEN-Politikerin und forderte, dass sich der Bundeszuschuss an den realen Kosten der Kommunen für Unterkunft und Heizung zu orientieren habe, um das Recht eines Jeden auf eine menschenwürdige Wohnung zu garantieren. ■

KOMMENTIERT:

von Bodo Ramelow

Wirkungsloser Appell

Die neuen Koalitionäre in Berlin zementieren die Niedriglohnstrategie. Statt eines längst notwendigen gesetzlichen Mindestlohns hat man sich lediglich auf ein Verbot sittenwidriger Löhne geeinigt, die ein Drittel unter dem branchenspezifischen Durchschnittslohn liegen.

CDU/CSU und FDP haben sich für ein politisches Täuschungsmanöver entschieden, anstatt mit einem Mindestlohn in Deutschland für europäische Normalität zu sorgen. Die getroffene Einigung ist eine schlimme Mogelpackung und eine zynische Verhöhnung derjenigen, die von diesem Geld leben müssen. So liegt das Tarifentgelt für Gesellinnen des Friseurhandwerkes bei einem Filialnetz in Thüringen gerade einmal bei 3,89 Euro in der Stunde. Wie bitter muss es für eine Beschäftigte sein, bis zu 30 Prozent weniger akzeptieren zu müssen?

Auch die SPD in Thüringen hat sich sehr schnell von ihrer Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn verabschiedet und den beschäftigtenfeindlichen Vorstellungen der CDU angenähert. Damit ist eine der Hauptforderungen der SPD im Landtagswahlkampf nach der Wahl wie eine Seifenblase geplatzt. Konsens von SPD und CDU ist ein wirkungsloser Appell für mehr Tariftreue. Eine Bundesratsinitiative aus Thüringen für einen gesetzlichen Mindestlohn wird es somit nicht geben, der Vertrauensverlust der Sozialdemokraten in der Bevölkerung wird weiter zunehmen.

Dass Thüringen bundesweites Schlusslicht in der Entlohnung bleibt, verantwortet ab jetzt auch die SPD mit. LINKE und Grüne aber waren sich einig, für einen gesetzlichen Mindestlohn einzutreten.

Christoph Matschie persönlich hat im Juli als ersten Schritt für die neue Wahlperiode des Landtags ein Thüringer Mindestlohngesetz angekündigt, wie es immer noch auf der Internetseite der SPD nachzulesen war. Das Gesetz sei, so Matschie in der Ankündigung, „gegen Hungerlöhne“ in Thüringen gerichtet. Dieses Wahlversprechen der SPD wird jetzt brutal gebrochen. Ich bin gespannt, wie Herr Matschie seinen Wählern erklärt, dass solche Löhne auf einmal akzeptabel sind. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Demokratischer Fehler

„Damit die direkt gewählten Bürgermeister und Landräte ihre Aufgaben erfüllen können, müssen sie sich einer Mehrheit der Wähler sicher sein. Die Abschaffung der Stichwahlen war ein großer politischer und demokratischer Fehler der Thüringer CDU“, sagte MdL Kuschel. Die CDU hatte nach den Kommunalwahlen 2006, wo sie in allen kreisfreien Städten im zweiten Wahlgang das Amt des Oberbürgermeisters an Bündnisse von LINKE und SPD verlor, die Stichwahlen abgeschafft. Dagegen gab es massiven Protest. Seitdem ist bei einzelnen Bürgermeisterwahlen deutlich geworden, dass Bewerber in das Amt gewählt wurden, die über eine geringe demokratische Legitimation der Wähler verfügen. „Damit sich dieser Demokratieverlust bei den Wahlen der ehrenamtlichen Bürgermeister im Jahr 2010 nicht verfestigt, sollte der Landtag die Stichwahlen möglichst schnell wieder einführen“, forderte der Landtagsabgeordnete. Er kündigte deshalb an, dass DIE LINKE parlamentarisch aktiv wird. Bereits bei der durch die CDU durchgesetzten Abschaffung der Stichwahlen waren sich LINKE, SPD und B'90/Grüne einig, dass der zweite Wahlgang beibehalten werden sollte. „Für die Wiedereinführung ist also eine parlamentarische Mehrheit vorhanden“, erklärte Kuschel. ■

Erste Tatenlosigkeit

„Thüringen braucht eine deutliche Funktional- und Verwaltungsreform, an deren logischem Ende eine Gebietsreform steht. Nur zwei, drei größere Landkreise zu bilden oder ein bisschen an der Kreisfreiheit einzelner Städte herum zu doktern, wird nicht helfen, grundsätzliche Probleme des Landes zu lösen“, erklärte der designierte Fraktionsvorsitzende der LINKEN Bodo Ramelow. CDU und SPD hatten sich in den Koalitionsverhandlungen darauf verständigt, einzelne finanzschwache Landkreise aufzulösen und die Kreisfreiheit von Eisenach und Suhl zu prüfen. „Es wird nur aus akuten Finanzzwängen heraus agiert, wesentliche Grundsatzzfragen über die Neuorganisation von Aufgaben werden völlig ignoriert. Der Einstieg in den konsequenten Abbau der über 70 Landesbehörden und die Stärkung der kommunalen Ebene sieht anders aus. Wir erleben die erste Tatenlosigkeit einer halberzigen und mutlosen Landesregierung“, sagte Ramelow und erinnerte an die Wahlaussagen der SPD, dass eine grundlegende Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform unerlässlich sei und dass hierfür gemeinsam mit der LINKEN im Interesse der Menschen eine andere Politik gemacht werden könne. ■

Antikorruptionsbeauftragte in Verwaltung und Privatwirtschaft

MdL Martina Renner: Koordinierter Maßnahmenplan mit besonderem Augenmerk auf Prävention

Anlässlich der Veröffentlichung des aktuellen „Bundeslagebildes Korruption“ durch das Bundeskriminalamt verlangte Martina Renner, Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung detaillierte Auskünfte zur Korruptionsbekämpfung in Thüringen.

So soll unter anderem geklärt werden, wie hoch die Zahl der zur Anklage gebrachten Ermittlungsverfahren ist und wie lang deren durchschnittliche Dauer oder auch wie viele der Fälle in Thüringen der so genannten „strukturellen“ Korruption zuzurechnen sind. DIE LINKE-Abgeordnete monierte, „dass in den letzten Jahren in Thüringen bei der Korruptionsbekämpfung offensichtlich nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. In Zukunft muss es einen koordinierten Maßnahmenplan mit besonderem Augenmerk auf den Aspekt der Prävention geben“.

In diesem Zusammenhang forderte Martina Renner das Einrichten eines „Antikorruptionsregisters“, aus dem man zum Beispiel mit Blick auf Vergabeverfahren „Schwarze Schafe“ der Branche entnehmen kann, die sich bereits in Korruptionsvorgängen verstrickt haben. Ein solches Register komme nicht nur dem Ruf der jeweiligen Branche zugute, sondern helfe auch den vielen Firmen, die täg-

lich seriös ihre Arbeit machten.

Es müsse auch geprüft werden, wie die Berufung von Antikorruptionsbeauftragten in der öffentlichen Verwaltung und in der Privatwirtschaft zur Bekämpfung und Prävention von Korruption optimal genutzt werden kann. Im öffentlichen Dienst sollten Beschäftigte umfassend sensibilisiert werden, was Korruption bedeutet. Schließlich mache sie sich in der Praxis in vielen Fällen gerade zu Beginn einer korrumpierenden Entwicklung in einer getarnten Form bemerkbar.

Mit Blick auf die aktuelle Statistik des BKA gab die Abgeordnete zu bedenken, „dass die recht niedrigen Zahlen für Thüringen leider die Vermutung einer hohen Dunkelziffer nahe legen“. Sie fordert daher auch, „mehr für die Korruptionsbekämpfung spezialisiertes Personal bei den Ermittlungsbehörden und in der Justiz“. Je höher für die Beteiligten das Risiko sei, Ziel von Ermittlungen und Gerichtsverfahren zu werden, je unattraktiver werde es, Korruption zu betreiben. „Korruption ist auch ein Demokratieproblem, weil versucht wird, rechtliche Regelungen z.B. in Vergabe- oder Genehmigungsverfahren zu umgehen und auszuhebeln. Korruption ist kein Kavaliärsdelikt, sondern kriminelles Verhalten und ein direkter Angriff

auf die demokratischen Spielregeln des Rechtsstaats“, so betonte Martina Renner. Sie kündigte an, dass der Kleinen Anfrage noch weitere parlamentarische Schritte im Problemfeld Korruption folgen werden.

Im Jahr 2008 wurde vom Bundeskriminalamt (BKA) und den Landespolizeidienststellen in 1.808 Korruptionsverfahren ermittelt, was einem Anstieg von rund 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (1.599) entspricht. Ein Großteil der Ermittlungsverfahren (88%) betraf den Bereich der strukturellen Korruption, also Fälle, bei denen die Korruptionshandlung auf der Grundlage längerfristig angelegter korruptiver Beziehungen im Vorfeld der Tatbegehung bewusst geplant wurde.

Bei der Zugehörigkeit der Tatverdächtigen zu Berufsgruppen und Branchen liegen die Schwerpunkte bei den „Gebern“ wie in den Vorjahren im Bau- und Dienstleistungsgewerbe, bei den „Nehmern“ im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Für das Jahr 2008 lässt sich gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der Korruption im Bereich der Privatwirtschaft konstatieren, während der Anteil der polizeilich bekannt gewordenen Korruptionsfälle im Bereich der allgemeinen öffentlichen Verwaltung stark zurückgegangen ist. ■

MdL Ina Leukefeld: Förderprogramm Kommunal-Kombi fortsetzen

Die Fraktion DIE LINKE geht zügig daran, Forderungen des Wahlprogramms in den Thüringer Landtag einzubringen. Auch zur aktiven Arbeitsmarktpolitik liegt ein Antrag vor, wie die Abgeordnete Ina Leukefeld informierte.

Darin wird die Landesregierung aufgefordert, sich für die Fortsetzung des Förderprogramms Kommunal-Kombi einzusetzen und bis zum Jahresende eine Konzeption zur weiteren Umsetzung des Programms in Thüringen vorzulegen. Dabei sollen die kommunalen Spitzenverbände einbezogen werden. Wichtiger Anspruch der LINKEN: Thüringen soll dann endlich eine ergänzende Landesfinanzierung zur Unterstützung der Kommunen zur Verfügung stellen, erläutert Leukefeld.

Durch das Programm Kommunal-Kombi sollen, so das Arbeitsministerium, in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit zusätzliche Arbeitsplätze im gemeinwohlorientierten Bereich gefördert werden. Ausdrücklich soll auf diese Weise „ein Beitrag zur Stärkung der kommunalen Strukturen und damit zum Aufbau von sozialem Kapital vor Ort geleistet werden“. Start war Anfang 2008, die förderfähigen Regionen sind zum 1.4.2009 ausgeweitet worden. In Thüringen betrifft das fünf kreisfreie Städte und acht Landkreise. Das Programm ist jedoch zunächst begrenzt auf Anträge, die bis Dezember

2009 gestellt sind.

Die Möglichkeiten von Kommunal-Kombi wurden in Thüringen unzureichend genutzt, so erläuterte Ina Leukefeld. Den meisten Kommunen, die Anträge stellen könnten, fehlen die Mittel, um den geforderten Eigenanteil zu er-

KE gefordert, den Kommunen zu helfen.

Durch die Blockadehaltung der CDU sind Thüringen in den letzten Jahren Arbeitsfördermittel des Bundes in erheblicher Höhe verloren gegangen. Nur – in Sachsen sind es dagegen fast 4.000 Stellen. Aus Sicht der Kommunen ist die feh-



Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE Martina Renner und Ina Leukefeld (v.l.) unmittelbar vor Beginn der konstituierenden Sitzung des 5. Thüringer Landtags am 29. September.

bringen. Die CDU-Fraktion und die abgewählte CDU-Landesregierung verweigerten strikt eine Unterstützung aus Landesmitteln. Bereits bei Diskussion der Landshaushalte 2008/2009 hatte die LIN-

lende Landesunterstützung der Grund dafür, „dass im Freistaat gerade im Vergleich zu anderen neuen Ländern bislang deutlich weniger Stellen über den Kommunal-Kombi geschaffen wurden“, wie Loni Grünwald, Zweite Beigeordnete im Landkreis Nordhausen, im Juni betonte. Den Betroffenen wird eine Beschäftigungsperspektive vorenthalten.

Die LINKE will erreichen, dass Landesfördermittel zur Verstärkung von Kommunal-Kombi in den Haushaltsplänen der Jahre 2010/11 festgeschrieben werden.

„Bürgergeld“ komplett in der unsozialen Logik von Hartz IV

FDP-Vorschlag ist ein „perfider Taschenspielertrick“ und eine „Mogelpackung“

Der Vorstoß überraschte zunächst. Bei den Koalitionsgesprächen mit CDU und CSU fordert ausgerechnet die FDP, Hartz IV abzuschaffen und durch ein „liberales Bürgergeld“ zu ersetzen. Doch schnell stellte sich heraus, dass es nur um einen Etikettenschwindel gehen sollte.

Als „perfiden Taschenspielertrick“ bezeichnet deshalb Ina Leukefeld, Arbeitsmarktexpertin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, den Vorschlag der FDP. Die Höhe des FDP-„Bürgergeldes“ entspreche genau dem Hartz-IV-Durchschnitt. Auch der Druck auf Arbeitslose durch massive Sanktionsmöglichkeiten sei weiterhin ausdrücklich vorgesehen. Mit dieser Kritik steht die Abgeordnete nicht allein. Die „Hürden, die die FDP aufbaut, bevor jemand Bürgergeld beziehen kann, sind fast genau so hoch wie bei Hartz IV“, kommentiert die Financial Times Deutschland, die der FDP eine „Mogelpackung“ vorwirft, die „Augenwischerei Bürgergeld“.

Doch es ist weit schlimmer, wie Ina Leukefeld deutlich macht: „Das Konzept bewegt sich komplett in der unsozialen Logik von Hartz IV. Man streicht nur den berüchtigten Namen und kürzt im Bundesmaßstab Sozialleistungen noch weiter“, bilanziert sie. Das vorgesehene „Bürgergeld“ soll komplett pauschaliert werden, alle sonstigen steuerfinanzierten Sozialleistungen entfallen. Bei den Wohnkosten wird diese pauschalierte Summe oft zu gering ausfallen. Auch der Mehrbedarf für Schwangere, Alleinerziehende und Schulkinder fällt weg. Zur wichtigen Frage der aktiven Arbeitsmarktpolitik habe die FDP überhaupt keine Antwort, so Ina Leukefeld.

In einem Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung betont Heidi Merk, die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, sie würde Hartz IV mit

seinen Unzulänglichkeiten „auf jeden Fall“ dem FDP-Bürgergeld vorziehen. Mit der totalen Pauschalierung werde „die Lebensrealität des Einzelnen noch weniger abgebildet“. Merk wirft der

ter Althaus zurück, der sein „Bürgergeld“ immerhin bedingungslos gewähren wollte, das aber aus linker Sicht ebenfalls abgelehnt werden muss.

Ina Leukefeld macht auf ein weiteres Problem aufmerksam: „Es ist direkt abstoßend, wie in dem FDP-Papier zum Bürgergeld wieder mit sozialassistischen Formulierungen eines angeblichen nötigen Schutzes vor den Faulen die Betroffenen denunziert und diskriminiert werden“, so die Abgeordnete. Diese schrille Begleitmusik der Bildung der neuen Bundesregierung müsse in der Gesellschaft aufmerksam verfolgt werden, fordert sie. Die Politikerin der LINKEN erinnert dabei an aktuelle demagogische Ausfälle von Thilo Sarrazin (SPD) gegen Migranten und Arme.

„Die marktradikale FDP verschiebt in einem zunehmenden Klima sozialer Ausgrenzung die Koordinaten der Politik weiter nach rechts“, warnt Ina Leukefeld. Es bleibe Aufgabe linker Politik, den aggressiven Angriffen auf Betroffene entgegenzutreten und Hartz IV durch eine soziale, bedarfsorientierte Grundsicherung abzulösen.

Stefan Wogawa

Auch Dieter Althaus, der sich, wie es aus CDU-Kreisen hieß, weiterhin um seinen Vorschlag der Einführung eines Bürgergeldes kümmern soll, will damit den Ausstieg aus dem Sozialstaatsprinzip vollziehen. Wie DIE LINKE-Fraktion in ihrem Flyer u.a. argumentiert, würde hier die Wirtschaft nicht mehr an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligt. Jeder bekäme zwar monatlich 800 Euro Bürgergeld, aber alle anderen Sozialleistungen würden wegfallen und man müsste noch 200 Euro als Pflichtgesundheitsprämie an die Krankenkasse abführen.

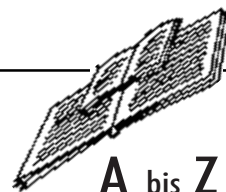
Mogelpackung Bürgergeld

oder:
Warum lehnt DIE LINKE den Vorschlag von Dieter Althaus ab?



FDP völlig zu Recht vor, nur an ihre eigene Klientel – die „Besserdienenden“ – zu denken, die vom Bürgergeld sowieso nicht betroffen wäre.

Um das FDP-„Bürgergeld“ zu bekommen, müssten Betroffene genau wie bei Hartz IV ihre Bedürftigkeit und ihren „Arbeitswillen“ nachweisen, alle Familienmitglieder wären weiterhin gezwungen, die Einkommensverhältnisse offen zu legen, denn es wird nicht vom Prinzip der „Bedarfsgemeinschaft“ abgewichen. Damit fällt das FDP-Konzept sogar noch hinter die gleichnamigen Vorstellungen von Die-



Strompreise

„Der Selbstbedienungsmentalität der großen Stromkonzerne muss Einhalt geboten und die Stromversorgung als öffentliche Aufgabe organisiert werden“, forderte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Dieter Hausold. Während die Preise an der Leipziger Strombörse um 8,5 Prozent gesunken sind, stellen die Konzerne ihren Kunden Preiserhöhungen von bis zu 5,8 Prozent in Rechnung. Die unterschiedlichen Preisentwicklungen müssten dringend unter die Lupe genommen werden. Langfristig jedoch gehöre die Energieversorgung in die öffentliche Hand. „Bei entscheidenden Infrastrukturfragen müssen die Grundsätze von Demokratie und Transparenz gelten – und nicht Profitmaximierung von Wirtschaftsbossen“, betonte Dieter Hausold.

Da auch der Bundesgerichtshof die Möglichkeiten des Rückkaufs von privatisierten Stromnetzen durch die Kommunen ausdrücklich gestärkt hat, sei eine neue Landesregierung gefordert, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden mögliche Optionen zur Förderung der Rekommunalisierung auszuloten. In den nächsten Jahren laufen zahlreiche Konzessionsverträge zwischen Kommunen und Energieversorgern aus. „Jetzt wäre die richtige Zeit für eine grundlegende Neuorientierung, wozu auch die Übertragung der Netze in die öffentliche Hand gehört.“

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Aller Voraussicht nach findet die nächste Landtagssitzung zur Verabschiedung der neuen Landesregierung am 30. Oktober statt. Die ersten „ordentlichen“ Sitzungen der fünften Legislaturperiode des Thüringer Landtags sollen dann am 19. und 20. November stattfinden.

Ausstellung:

Die Ausstellung „Eine bunte Welt der Fantasie“ der Jugendkunstschule Zachariashof Bad Langensalza ist noch bis 11. Oktober im „Kunststurm“ (Hochhaus) des Landtags zu sehen.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter:

www.die-linke-thl.de

Kinderbetreuung

In Thüringen wurden am 1. März 2009 in den 1 329 Kindertageseinrichtungen 81 093 Kinder ganztätig oder für einen Teil des Tages aufgenommen und betreut. Das waren nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik 1 633 Kinder bzw. 2,1 Prozent mehr als am 15. März 2008. 5 659 Kinder bzw. 7,0 Prozent besuchten die Tageseinrichtung täglich bis zu 5 Stunden. Weitere 4 962 Kinder bzw. 6,1 Prozent wurden zwischen 5 und 7 Stunden in der Einrichtung betreut. Bei mindestens 7 Stunden besteht Ganztagsbetreuung. In den Thüringer Einrichtungen betraf das Anfang März dieses Jahres 70 458 Kinder. Hier betrug der Anteil an den betreuten Kindern insgesamt 86,9 Prozent.

Kommunalausschuss

Die kommunalen Spitzenverbände sollen sich direkt in die Beratungen des Landtages einbringen können. Dafür schlägt MdL Frank Kuschel einen Kommunalausschuss im Landtag vor und greift damit eine Idee der LINKEN aus dem Bundestag und eine Anregung einzelner kommunaler Spitzenverbände auf, dass bei allen kommunalpolitisch relevanten Angelegenheiten den Vereinigungen ein frühzeitiges Beteiligungsrecht eingeräumt wird. Bisher werden die Interessensvereinigungen der Gemeinden, Städte und Landkreise nur bei laufenden Verfahren formal einbezogen. DIE LINKE werde in den kommenden Gesprächen zu den Ausschüssen eine Anregung zur Bildung eines Kommunalausschusses geben.

Justiz

Mit Blick auf die Rüge des Bundesverfassungsgerichts an das Sozialgericht Gotha wegen eines neun Jahre verschleppten Verfahrens sowie ein Versäumnis-Urteil des Arbeitsgerichts Nordhausen gegen das Land Thüringen, weil kein Prozessvertreter vor Gericht erschienen war, kündigte MdL Ralf Hauboldt an, beide Vorfälle im Justizausschuss zum Thema zu machen. Eine zu lange Verfahrensdauer sei eine faktische Rechtsverweigerung zulasten der betroffenen Bürger, denn eine wirksame Rechtsdurchsetzung müsse zeitnah erfolgen, unterstreicht der Justizexperte und verweist darauf, dass das Urteil gegen das Sozialgericht Gotha „nicht die erste Rüge an die Thüringer Gerichtsbarkeit wegen überlanger Verfahrensdauer ist“.

KURZ UND PRÄGNANT

Kita-Volksbegehren

Mit Blick auf das nicht angefochtene Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik und die Ankündigungen der in Koalitionsverhandlungen befindlichen CDU und SPD, 2.000 neue Erzieherinnen-Stellen schon zum neuen Kita-Jahr 2010 schaffen zu wollen, hat Margit Jung, Familienpolitikerin der LINKEN, unterstrichen, dass die Umsetzung des Kita-Volksbegehrens umfassender ist. Es beinhaltet auch deutliche Verbesserungen beim gemeinsamen Kita-Besuch von behinderten und nicht behinderten Kindern und bei der Unterstützung anderer Kinder mit Förderbedarf z.B. wegen ihres Migrationshintergrundes. Zudem seien solche Punkte, wie Verbesserungen in Weiter- und Fortbildung und bei der Fachberatung sowie bessere Finanzpauschalen, Inhalt des direkt-demokratischen Gesetzentwurfs. Margit Jung bekräftigte, „dass die Ankündigungen der Koalitionäre nichts daran ändern werden, dass LINKE und Bündnis 90/Grüne mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf Druck auf die Koalition machen werden. Der Gesetzentwurf ist schon fertig, bildet sozusagen das Volksbegehren als Parlamentsgesetz ab und sein Inhalt ist zu 100 Prozent mit dem Trägerkreis des Volksbegehrens abgestimmt.“ ■

Personalfrage klären

„Dass auch in diesem Jahr mehrere Millionen Euro an öffentlichen Mitteln verschwendet wurden, ohne dass daraus wegen der Führungslosigkeit des Landesrechnungshofs greifbare Konsequenzen gezogen werden, haben CDU und SPD gemeinsam zu verantworten“, so Bodo Ramelow mit Bezug auf das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die mehrfach gescheiterten Wahlen für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten am Landesrechnungshof in Rudolstadt. Es ist offensichtlich, dass sich bereits vor einem Jahr CDU und SPD nicht über den Weg trauten, weshalb mehrfach dem Parlament vorgeschlagene Kandidaten scheiterten. Einen gemeinsamen Vorschlag der drei im Parlament vertretenen Parteien hatte es aber nie gegeben. Eine regierungsunabhängige Kontrolle sei deshalb nicht möglich. „Die Aufforderung des Bundes der Steuerzahler, den Rechnungshof endlich wieder funktionsfähig zu machen, kann nur nachdrücklich unterstützt werden“, betonte Ramelow und forderte den amtierenden Ministerpräsidenten auf, diesen unhaltbaren Zustand zu beenden und dem Landtag bis zur endgültigen Klärung der personellen Frage einen Vorschlag für einen amtierenden Präsidenten zu machen. ■

Jede Spende ist gelebte Solidarität und Ansporn für neue Projekte

Alle neuen Abgeordneten der LINKEN in der Alternative 54/Neuer Vorstand gewählt

Alle 27 Mitglieder der neuen Thüringer Landtagsfraktion der LINKEN sind aktive Vereinsmitglieder der Alternative 54. Das heißt, alle Neuen möchten das Satzungsziel aktiv mit umsetzen. Ebenfalls gehören zwei Mitarbeiter, drei ehemalige MdL und ein MdB zum Verein.

Neuwahlen waren angesagt, so legte der Vorstand am 7. Oktober Rechenschaft über die vergangenen zwei Jahre ab.

In regelmäßigen Abständen kommt der Vorstand zusammen und entscheidet über die vorliegenden Anträge, die gemäß Vereinssatzung in seine Zuständigkeit fallen. Das betraf im Berichtszeitraum insbesondere die Festlegungen von Zuwendungen an Antragsteller im Einzelfall bis zur Höhe von 500 Euro. Hierzu wurden von 2007 bis einschließlich September 2009 insgesamt 436 Einzel-Entscheidungen ge-

troffen. Die Summe der im gleichen Zeitraum getätigten Zuwendungen an andere beträgt 153.196,00 Euro.



Jährlich erfolgt durch die Revisoren eine umfassende und tiefgründige Prüfung zum Finanzgeschehen. So gab auch diesmal Ralf Kalich seinen Bericht, und es gibt auch diesmal keine Beanstandungen. Für Maria Funke, unsere gute Seele als Schatzmeisterin, gab es dann wieder verdienten Lob und Anerkennung für ihre gewissenhafte Arbeit.

Nach erfolgter Entlastung des bisherigen Vorstands und Danksagung, be-

sonders an das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Dr. Johanna Scheringer-Wright, war der Weg frei zu Neuwahlen.

Für die nächsten zwei Jahre setzt sich der Vorstand der Alternative 54 wie folgt zusammen:

Vorsitzende : Heidrun Sedlacik
1. Stellvertreterin: Dr. Gudrun Lukin
2. Stellvertreterin: Cornelia Nitzpon
Schatzmeisterin: Maria Funke

Jede Menge Anträge liegen schon bereit und der Vorstand hofft auf ein reges Spendenaufkommen durch die Mitglieder, denn jede öffentliche Scheckübergabe durch unsere Landtagsabgeordneten ist gelebte Solidarität und Ansporn für viele ehrenamtliche Vereinsprojekte besonders im Bereich Kinder- und Jugendarbeit.

Heidrun Sedlacik, MdL ■

Hauboldt: Vorschläge von Praktikern ernst nehmen

Vor dem Hintergrund des kürzlich in Suhl stattgefundenen Delegiertentages 2009 des Bundes der Kriminalbeamten (BDK) forderte Ralf Hauboldt, Justizexperte der Fraktion DIE LINKE, dass die „durch die alltägliche Praxis-Erfahrung der Mitglieder geprägten inhaltlichen Positionen des BDK auch von Seiten der staatlichen und politischen Entscheidungsträger entsprechend ernst genommen und in der weiteren politischen Arbeit berücksichtigt werden müssen“.

Dies gelte nicht nur für die Forderung nach einem Internet-Notruf sowie nach verbesserter personeller und logistischer Ausstattung zur Bekämpfung von IT-Kriminalität. Es gehe in diesem Zusammenhang auch um einen verbesserten präventiven Selbstschutz der Internetnutzer, der in datenschutzrechtlichen Regelungen seinen Niederschlag finden müsse.

Auch in anderen Themenbereichen vertrete der BDK Positionen, die zu einer Versachlichung zum Teil populistisch aufgeheizter Debatten beitrage, dazu gehöre die Aussage des BDK, dass eine Verschärfung des Jugendstrafrechts nichts zur Lösung des Problems beiträgt. Wichtiger sei, so Ralf Hauboldt, endlich die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um alle vorhandenen Instrumente des Jugendstrafrechts, der Prävention von Straftaten und der Rückfallvermeidung auszuschöpfen. Dazu gehörten genügend Personalstellen in diesem Bereich, z.B. bei der Jugendgerichtshilfe und der Bewährungs- und Straffälligenhilfe sowie die Optimierung der Arbeitsabläufe.

DIE LINKE sehe sich auch mit Blick auf die beim BDK-Bundesdelegiertentag diskutierten Inhalte in ihren Forderungen bestätigt, dass die Prävention von Straftaten und Straffälligkeit absoluten Vorrang hat vor Strafverfolgung. „Eine erfolg-

reiche Prävention ist nicht nur und nicht einmal vorrangig eine Frage des justiziellen und polizeilichen Bereichs, sondern vor allem Aufgabe von Sozialbehörden und anderen Trägern und Organisationen im sozialen Bereich“, sagte der Abgeordnete.

Dies gelte aber nicht nur für das Problemfeld Jugendkriminalität, sondern auch für ein öffentlich immer wieder viel diskutiertes Thema, wie den Schutz von Kindern vor Gefährdungen und Misshandlungen, das nach Informationen, das leider auch einen starken Bezug zum Themenkomplex der Internetkriminalität aufweise. „Wir werden das Gespräch mit dem Bund der Kriminalbeamten suchen, um die inhaltlichen Positionen und Probleme intensiv zu diskutieren“, kündigte Ralf Hauboldt an.

Überbelegungsproblem endlich lösen

Mit Blick auf die in den Medien aktuell geäußerte Kritik des Landesverbandes der Strafvollzugsbediensteten an der Überbelegung in den Thüringer Haftanstalten forderte Ralf Hauboldt, dass dieses Problem, das spätestens seit der Großen Anfrage der LINKEN zur Situation des Justizvollzugs offen auf dem Tisch liegt, endlich gelöst werden muss.

Der LINKE-Abgeordnete kritisierte in diesem Zusammenhang, dass der Verweis des Justizministeriums auf den Neubau einer Jugendstrafanstalt in Rudisleben in die Irre führe. „Das Überbelegungsproblem besteht in Strafanstalten für Erwachsene, wie Hohenleuben und Untermaßfeld. Durch das gesetzlich geltende Trennungsgebot zwischen Erwachsenen- und Jugendstrafvollzug ist es nicht möglich, Rudisleben tatsächlich als Beleg für eine Entlastung anzuführen.“ Es müsse, so der Abgeordnete der Linksfraktion, möglichst

bald eine spürbare Entlastung für die Haftanstalten Untermaßfeld und Hohenleuben gefunden werden.

Ralf Hauboldt verwies auf Zwischenfälle in diesen Haftanstalten, die mit der für die Gefangenen schlechten Belegungssituation im Zusammenhang stehen, wie z.B. einem Häftlingsstreik in Hohenleuben. Außerdem wirke sich die Überbelegung sehr negativ auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Der Abgeordnete forderte daher, dass entweder ein weiterer Gefängnisneubau im Erwachsenenstrafvollzug ernsthaft ins Auge gefasst werde oder es müssten zeitnah Umbau- oder Neubaulösungen an den bestehenden Standorten Hohenleuben und Untermaßfeld gefunden werden. In diesem Zusammenhang seien auch die früheren Neubaupläne in Ostthüringen unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Umsetzbarkeit erneut zu prüfen.

Ralf Hauboldt kündigte als parlamentarische Initiative der LINKEN im Landtag eine Selbstbefassung im Justizausschuss an. „In diesem Rahmen ist ein Informationsgespräch mit den Vertretern des Landesverbandes der Strafvollzugsbediensteten überaus sinnvoll.“

MDR 1, Radio Thüringen, hatte am 18. Oktober berichtet, dass der Landesverband der Strafvollzugsbediensteten den Mangel an Gefängniszellen in Thüringen kritisiert. Der Freistaat habe bundesweit die größten Defizite und erfülle nicht die gesetzliche Forderung nach Einzelzellen. Rund 57 Prozent der rund 1.900 Inhaftierten lebten in Gemeinschaftszellen mit bis zu sechs Betten. Das sei problematisch, weil sich die Gemeinschaftszellen schlechter kontrollieren ließen und die Inhaftierten oftmals aggressiver seien. Schwierig sei die Lage vor allem in den Gefängnissen in Untermaßfeld und Hohenleuben. ■

Bürgermeister der ersten Solarkommune Ostdeutschlands

NACHGEFRAGT bei Manfred Hellmann (DIE LINKE), Direktmandat WK Schmalkalden-Meiningen II

was haben Sie sich vorgenommen?

Ich will mithelfen, Hürden zu nehmen und Steine aus dem Weg zu räumen für den verstärkten Einsatz er-

aber noch näher beleuchtet und konkrete Schlussfolgerungen für die praktische Landespolitik abgeleitet werden. Dabei bin ich der festen Überzeugung, dass Zukunftsfragen langfristig nur zu

lösen sind mit einem generellen Umdenken, was unsere Arbeits- und Lebensweise betrifft. In diesem Zusammenhang möchte ich nur das Stichwort „soziale Grundsicherung“ nennen.

Als direkt gewählter Abgeordneter stehen Sie bei den Bürgern in Ihrem Wahlkreis im Wort, welche Ziele sind Ihnen hier besonders wichtig?

Da steht natürlich an erster Stelle die weitere Entwicklung unserer Solarkommune. Wir wollen jetzt in Viernau noch einen Energiepark auf Genossenschaftsbasis modellhaft ins Leben rufen. Dabei geht es um eine Kombination von Solaranlagen mit neuartigen Windgeneratoren (um die vertikale

le Achse drehend). Ich könnte mir vorstellen, dass in solchen Energieparks die künftigen Hybrid- und Elektroautos betankt werden – umweltfreundlich und nicht mit Kohle- oder Atomstrom.

Schon seit Jahren bemühen wir uns, junge Familien im Ort zu halten. Unsere Kindergartenbeiträge gehören zu den niedrigsten weit und breit. Das Essen wird noch im Kindergarten gekocht und kostet nur 1,30 Euro. Jedes neu geborene Kind begrüßen wir mit einem Patenschaftsgeld (250 Euro) und wir pflanzen ihm ein Bäumchen – 118 sind es schon seit dem ersten im Jahr 2000. Aber trotzdem lösen wir die Probleme nicht, wenn die jungen Leute keine Arbeit finden bzw. kein Einkommen haben und so auch keine Zukunftsplanung möglich ist.

Welchen Grundsatz würden Sie nie über Bord werfen?

Aufrichtigkeit, ehrlich zu Entscheidungen zu stehen. Ich denke da auch an meine Erfahrungen als Bürgermeister. Man muss offen sein, den Leuten reinen Wein einschenken.

(Für die Beantwortung der Fragen dankt Annette Rudolph)



Kam für Sie der Einzug in den Landtag über das Direktmandat überraschend und womit haben Sie so erfolgreich punkten können?

Ich hatte mir eigentlich immer eine realistische Chance ausgerechnet – vor allem als ich wusste, wer meine Gegenkandidaten sind. In meinem Wahlkreis bin ich als Bürgermeister von Viernau – unsere Südthüringer Gemeinde mit ihren 2.200 Einwohnern war die erste Solarkommune in den neuen Ländern – und als Verfechter erneuerbarer Energien bekannt.

Bitte stellen Sie sich unseren Lesern kurz vor?

Geboren 1948, von Haus aus Diplomingenieur für Elektrotechnik. Vor der Wende war ich Direktor für Ökonomie im Kombinat Elektrogeräte Suhl, danach leitende Aufgaben im Nachfolgebetrieb und bei den Kreiswerken Schmalkalden-Meiningen, u.a. als Prokurist für den öffentlichen Nahverkehr. Nach schwerer Krankheit und Arbeitslosigkeit seit 1999 ehrenamtlicher Bürgermeister von Viernau, Mitglied im Kreistag Schmalkalden-Meiningen und Wahlkreismitarbeiter.

Mit welchen Erwartungen gehen Sie in die parlamentarische Arbeit,



neuerbarer Energien und eine Wende hin zur dezentralen Energieversorgung in Thüringen. Andererseits – und da sehe ich auch einen Zusammenhang mit zukunftsfähiger Energiepolitik – geht es mir um das Thema Bevölkerungsentwicklung. Die alarmierenden Tatsachen sind bekannt, sie müssen

„...und jetzt sollen mit Schwarz/Rosa nur die ‚Wechsel‘ übrig bleiben“

NACHGEFRAGT bei Birgit Keller, Abgeordnete der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE

Sie gehören zu den neuen Abgeordneten der Landtagsfraktion der LINKEN. Bitte stellen Sie sich unseren Lesern kurz vor?

Ich bin 50 Jahre habe zwei Töchter und zwei Enkelkinder. Von Beruf bin ich Elektrikerin und Diplom-Gesellschaftswissenschaftlerin. 1977 bin ich in die SED eingetreten und habe von 1989 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem Kombinat und später hauptamtlich in der FDJ sowie von 1988 bis 1989 in der SED-Kreisleitung Nordhausen als Mitarbeiterin gearbeitet. Ich war aktiv am „Runden Tisch“ in Nordhausen für die SED/PDS und Mitglied im ersten Präsidium des neu gegründeten Thüringer Landesverbandes der PDS.

Seit 1991 bin ich Unternehmerin und später Mitbegründerin und Teilhaberin eines Tankanlagenservice. Zwischen- durch war ich Wahlkreismitarbeiterin. Seit 1994 bin ich im Kreistag Nordhausen, war hier zehn Jahre Kreistagspräsidentin und bin nach meiner „fast“ erfolgreichen Landratskandidatur im Jahr 2006 zur Fraktionsvorsitzenden



Birgit Keller (l.) im Plenarsaal vor Beginn der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags im Gespräch mit den ebenfalls neuen Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE Dr. Thomas Hartung und Katharina König. Fotos: A. Rudolph

gewählt worden. Seit 2009 bin ich auch im Nordhäuser Stadtrat.

Mit welchen Erwartungen gehen Sie in die parlamentarische Arbeit,

was haben Sie sich vorgenommen?

Meine Erwartungen werden gerade enttäuscht. Ich bin mit meiner Partei für einen Politikwechsel in Thüringen eingetreten und jetzt sollen mit Schwarz/Rosa nur die „Wechsel“ übrig bleiben. Ich hoffe, mit meiner Arbeit über eine konstruktive Opposition im Thüringer Landtag dringend notwendige Veränderungen mit auf den Weg zu bringen. Da ich als Unternehmerin praktische Erfah-

rungen in der Wirtschaft gemacht habe und auch jetzt noch an einem kleinen Unternehmen beteiligt bin, will ich diese praxisnahen Erfahrungen in den Landtag einbringen.

Wie werden Sie den Kontakt zu den Wählern halten – für die notwendige „Bodenhaftung“ sorgen – und worum geht es Ihnen dabei vor allem?

Da könnte ich jetzt locker antworten, dies gehört zu den wichtigsten Prioritäten eines Abgeordneten, was ja auch stimmt. Ich denke, das ist das „Leichte“, was vielleicht schwer zu machen ist. Deshalb habe ich mir vorgenommen, das Abgeordnetenbüro in meinem Wahlkreis zu einem Bürgertreffpunkt weiter zu gestalten. Um die so genannte „Bodenhaftung“ mache ich mir aber weniger Sorgen, da ich als Kreistags- und Stadtratmitglied in Nordhausen regelmäßig auf den „Boden der Tatsachen“ gezogen werde. Im Übrigen sehe ich mich als „Beauftragte“ der Bürgerinnen und Bürger im Landtag, insbesondere als Interessenvertreterin sozial und wirtschaftlich Benachteiligter.

Welchen Grundsatz würden Sie nie über Bord werfen?

Dass Leben mehr ist als überleben.

Von den Unterwelten bis zum Beinahe-Bürgerforum

Mit der Kreisvolkshochschule Greiz auf Bildungsreise zum Städtebau in Berlin

An einer spannenden Bildungsreise zum Städtebau Berlin – organisiert und durchgeführt von der Kreisvolkshochschule Greiz – konnten neben zahlreichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch Heidrun Sedlacik, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, und ihre wissenschaftliche Mitarbeiterin teilnehmen. Die Bildungsreise führte uns auf die Spuren des 300jährigen Preußischen Staates mit seinen eindrucksvollen Bauwerken, wie Schloss Charlottenburg und Schloss Köpenick. Im Programm standen außerdem der Besuch der Hohenzollerngruft im Berliner Dom und eine Stadtrundfahrt.

Entstanden aus 56 Dörfern, Gemeinden und Kleinstädten leben heute 3,5 Millionen Menschen in der auch von der Fläche her größten Stadt Deutschlands. 500.000 Gäste zählt die Haupt- und Regierungsstadt täglich. Berlin ist also ständig in Bewegung.

Auf der Stadtrundfahrt erfuhren wir auch, dass der ehemals Westberliner Bezirk Kreuzberg mit 250.000 Menschen, die ihre Wurzeln in der Türkei haben, auch als die größte türkische Gemeinde außerhalb der Türkei bezeichnet wird und dass der Ostberliner Stadtbezirk Friedrichshain – charakteristisch die sanierungsbedürftigen Mietshäuser, Second-Hand-Läden, Jugendhotels, aber auch das berühmte Nachtleben – ein Viertel ist, in dem überwiegend Lebenskünstler, Rentner und Arbeitslose leben. Alexanderplatz, Regierungsviertel, der um 1900 nach dem Pariser Vorbild des Champs-Élysée erbaute Boulevard Kurfürstendamm, das Nikolaiviertel – die Wiege Berlins seit 1237 – und die Museumsinsel waren weitere Orte der Stadtführung.

Halt machten wir am Denkmal für die ermordeten Juden Europas im Zentrum Berlins. Das Denkmal besteht aus dem

von Peter Eisenman entworfenen Stelenfeld, welches im Zentrum eine Höhe von fünf Metern erreicht und in Sichtweite des Bundestages erbaut ist. Damit wird die Verantwortung der heutigen Politik verdeutlicht, dafür Sorge zu tragen, dass diese Vergangenheit sich nicht wiederholt.

Gegenstand der Bildungsreise war auch



die Betrachtung der städtebaulichen Entwicklung Berlins ab 1938. Anhand noch erkennbarer Spuren des Projektes „Welthauptstadt Germania“ (Besuch des Schwerbelastungskörpers) wurden die großwahn sinnigen Stadtbaupläne von Hitler, Speer und Goebbels deutlich. Auch die Führung in den „Berliner Unterwelten“ in Berlin-Gesundbrunnen veranschaulichte das Ausmaß dieser schrecklichen Geschichte.

Der im Jahr 1997 gegründete Verein Berliner Unterwelten e.V. (www.berliner-unterwelten.de) macht in Form von Führungen durch unterirdische Bauwerke Geschichte aus einer anderen Perspekti-

ve erlebbar (unser Foto). Wie wichtig es ist, von dieser Geschichte Kenntnis zu haben und diese auch nachfolgenden Generationen weiterzuvermitteln, wurde in voller Deutlichkeit durch den am Eingang des U-Bahnschachtes zu lesende Spruch klar: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, läuft Gefahr, sie zu wiederholen.“

Eindrucksvoll und mit historischen, politischen und gesellschaftlichen Erläuterungen referierte der bekannte Architekturkritiker Dr. Bruno Flier in einem Fachvortrag zur städtebaulichen Inszenierung der Stadt Berlin – insbesondere in den letzten Jahren – und zum umstrittenen Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses, dem der Palast der Republik weichen musste. Spannend die Ausführungen zum nicht gebauten

Bürgerforum im Regierungsviertel. Zwischen Bundeskanzleramt und dem Reichstag sah der Entwurf des Architekten und aufgeklärten Bürgerrechtlers Axel Schulte den Bau eines weiteren Gebäudeensembles vor. Im so genannten „Bürgerforum“ sollte der Souverän mit den vom ihm gewählten Vertretern ins Gespräch kommen. Ein geradezu idealer Entwurf für direkte Demokratie, der aber als wohl zu demokratische Idee keine Umsetzung erfuhr, also politisch nicht gewollt war. Das gestrichene Bürgerforum lässt heute dort eine begrünte Lücke, die durchaus auch als Begegnungs- und Kommunikationsstätte sowie Ort der Willensbekundung dienen kann.

Den Abschluss der Reise bildete der Besuch des 1909 errichteten Olympiastadions, das 2006 umfänglich saniert wurde. Mit Spannung wird das Programm zur Bildungsreise 2010 erwartet, die – soviel sei schon verraten – wieder in die Bundeshauptstadt führen wird.

Diana Kölbel

Auch das noch!

Unter dieser Rubrik spießt Stefan Wogawa kurz, bündig und satirisch die wichtigen und weniger wichtigen Dinge des Lebens auf:

Realitätsfern

Ein zunehmend groteskeres Bild bietet die SPD. Nach dem schlechtesten Wahlergebnis seit Gründung der BRD suchen die Totengräber sozialdemokratischer Politik Fehler nur extern und beißen um sich. Schuld am erbärmlichen Zustand der SPD habe – Oskar Lafontaine. Das behauptet ein verbitterter alter Mann, Franz Müntefering, Noch-Parteivorsitzender und ein Hauptverantwortlicher für das desaströse Ergebnis bei der Bundestagswahl.

Über Lafontaine hetzt Müntefering: „Er hat die Partei verlassen, dann verraten und anschließend ganz gezielt gegen uns organisiert.“ Die Gründung der WASG, deren Kooperation mit der PDS und die Bildung der Partei DIE LINKE habe der SPD „viel an Wählerschaft abgezogen“, so die Analyse eines Mannes, der immerhin Bundesminister war. Fehler, die zum Vertrauens- und Wählerverlust geführt haben, wurden von der SPD, folgt man Müntefering, nicht gemacht, persönliche Fehler will der erst recht nicht eingestehen.

Im Gegenteil: die vergangenen elf Jahre Regierungsbeteiligung – mit der deutschen Beteiligung am völkerrechtswidrigen Krieg der NATO gegen Jugoslawien, der berüchtigten „Agenda 2010“, Hartz IV, Rentenraub und Umverteilung nach oben – sind für Müntefering „ein stolzes Stück und ein gutes Stück“. Da fällt einem kaum noch etwas ein, außer vielleicht: ein starkes Stück! Denn das ist so absurd realitätsfern wie das selige Politbüro.

Auch der zweite hauptverantwortliche Wahlverlierer, Spitzenkandidat Frank-Walter Steinmeier, reagiert irrational. Er bellt den Wahlgewinner LINKE an und warnt vor einer Annäherung. Gipfel der Frechheit: „Mister 23 Prozent“ erdreistet sich, der LINKEN angebliche Fehler vorzurechnen. „Die Linkspartei will raus aus der Nato, sie ist gegen den Lisabon-Vertrag, sie ist blind für finanzpolitische Verantwortung.“ Genosse „Gesunder Menschenverstand“ kämpft momentan wohl nicht auf Seiten der SPD.

Hennig: Mehr betriebliche Ausbildung

„Der rapide Rückgang der Bewerberzahlen für eine Berufsausbildung in Thüringen und die relativ geringe Zahl der Ausbildungssuchenden bedeuten keine Entwarnung. Je weniger junge Menschen in Thüringen eine berufliche Zukunft suchen, desto wichtiger ist es, auch wirklich allen Bewerberinnen und Bewerbern eine vollwertige Ausbildung mit guten Übernahmechancen anzubieten. Davon sind wir aber noch meilenweit entfernt“, sagt Susanne Hennig, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Wie die Landesarbeitsagentur am 13. Oktober vermeldet hatte, waren Ende September in Thüringen nur noch 132 junge Leute auf Lehrstellensuche, während die Unternehmen 335 unbesetzte Lehrstellen gemeldet hatten.

Susanne Hennig macht jedoch darauf aufmerksam, dass immer noch weit über die Hälfte der durch die Bundesanstalt für Arbeit angebotenen Ausbil-

dungsmöglichkeiten aus außerbetrieblichen Plätzen, Berufsvorbereitung und Ersatzmaßnahmen bestehen, die „meist keine oder nur geringe Chancen auf einen reibungslosen Übergang in den Beruf bieten“.

Ein wichtiger Faktor für die Abwanderung junger Menschen in die alten Bundesländer liege darin, dass in vielen Ausbildungsstellen, vor allem im außerbetrieblichen Bereich, keine Ausbildungsentgelte gezahlt würden. Für manche Ausbildungen seien sogar Gebühren zu entrichten.

Susanne Hennig abschließend: „Wir fordern die Arbeitsagenturen auf, die Zahl der außerbetrieblichen und vollzeitschulischen Vermittlungen zugunsten der betrieblichen deutlich abzusenken. Zudem sollte sich die neue Landesregierung dringend für eine Entgeltregelung für alle jungen Menschen einzusetzen, die sich in Ausbildung befinden. Dies ist überfällig!“

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Ralf-Dieter May
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszusweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.